

Liebe Milchbäuerinnen und Milchbauern, liebe Interessierte,

Meine sehr geschätzten EMB-Mitglieder, Kollegen und Mitstreiter: Ihr habt am 7. September der EU-Politik eindrucksvoll gezeigt, wie ernst die Lage auf unseren Höfen ist!

Die Tausende Milchbauern und Traktoren haben in Brüssel für strukturelle Änderungen in der Milchpolitik demonstriert. Es war ganz deutlich zu erkennen, wie wichtig uns Landwirten die Fahrt nach Brüssel war. Nur als Klarstellung: Kein Bauer fährt aus Lust und Langeweile Hunderte Kilometer mit dem Trecker nach Brüssel oder nimmt eine mehrstündige Fahrt im Bus auf sich und lässt seinen Betrieb und Vieh hinter sich. Uns Milcherzeugern steht das Wasser bis zum Hals und die Politik sollte das endlich auch kapieren.

Am 7. September haben wir auf unserem Podium große Solidarität erfahren, u.a. von einer Bürgerinitiative und vielen Drittweltländern, die unsere Vision zu 100% unterstützen. Erschütternd ist, dass die Agrarminister nichts verstanden haben. Wenn man sich das beschlossene Maßnahmenpaket ansieht, stellt man fest, dass die Minister überhaupt nicht begriffen haben, worum es uns geht. Die 500 Millionen Euro, die u.a. für Exportförderung und Absatzmaßnahmen verwendet werden, sollten wohl die Bauern beschwichtigen oder die Politiker entscheiden sich ganz bewusst für falsche Lösungen! An der Wurzel des Problems – dem Überangebot an Milch – wurde nichts getan. Ganz im Gegenteil, die Überschussproduktion wird weiterhin aktiv unterstützt!

Die 500 Mio Euro, um deren Aufteilung nun das Gerangel unter den Mitgliedsstaaten begonnen hat, sind lediglich Almosen an die Bauern. Die Milchindustrie mit ihrer starken Lobby hält bereits die Hand auf! Diese Finanzmittel wären um ein Vielfaches sinnvoller zu nutzen, beispielsweise für die befristete Rücknahme der Milchproduktion. Das Maßnahmenpaket der Agrarminister wird an unseren strukturellen Problemen nichts lösen. Die Krisen werden andauern und sie werden sich in kürzeren Abständen wiederholen.

Solange die EU-Politik nicht verstehen will, dass strukturelle Veränderungen notwendig sind, werden wir unsere Aktionen nicht nur fortsetzen, sondern müssen den Druck durch unsere Proteste noch erhöhen. Solange, bis es alle Politiker verstanden haben: Der Milchmarkt braucht keine kurzfristigen und fehl gerichteten Lösungen, sondern muss langfristig stabilisiert werden.

Sieta van Keimpema, EMB Vizepräsidentin und Vorsitzende des DDB Niederlande

EMB Newsletter September 2015

EMB Pressemitteilung: Ergebnis des gestrigen EU Agrarrats für

- Milcherzeuger sehr enttäuschend, geradezu eine Provokation
 - Tausende Milcherzeuger sagen JA zu einer Mengenkürzung in Krisenzeiten
 - Bewertung der Maßnahmen im Milchsektor
 - Muss eine neue Kommission her, um die Milchkrisen zu beenden?
 - Blick in die Welt: Abschaffung der Mengenregulierung in Australien
 - Solidaritätsaufruf mit Milcherzeuger
- Kurznachrichten aus Brüssel

Contact

EMB - European Milk Board asbl
Rue du Commerce 124
B-1000 Brussels

Phone.: +32 - 2808 - 1935

Fax: +32 - 2808 - 8265

office@europeanmilkboard.org
www.europeanmilkboard.org

EMB Pressemitteilung: Ergebnis des gestrigen EU Agrarrats für Milcherzeuger sehr enttäuschend, geradezu eine Provokation

„Diese Resultate sind keine Lösung. Dafür sind wir nicht auf die Straße gegangen“

© EMB

(Brüssel, 08.09.2015) Die gestern von der EU-Politik verkündeten Maßnahmen sind Augenschere. Die Politik hat ganz klar am Problem vorbei entschieden. Die Krise auf dem Milchsektor ist struktureller Art und wird sich durch die zugesagten Gelder aus Brüssel nicht lösen lassen. „Die Bauern aus ganz Europa sind nicht für Subventionen auf die Straße gegangen, sondern für ein Kriseninstrument, um die Ursache des Problems – die Überproduktion auf dem europäischen Markt – zu lösen“, so der Vorstand des European Milk Board.

Für diese Ergebnisse der EU-Politik wäre ein so groß angekündigter Agrargipfel nicht notwendig gewesen. Die Milchbauern fühlen sich hingehalten und werden ihre Proteste fortsetzen. Offensichtlich hat die Politik nicht verstanden, worum es bei der Krise geht.

Die Vorschläge der EU-Politik im Detail und die Einschätzung des EMB dazu:

- Programm für Private Lagerhaltung wird weitergeführt: **Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass diese Maßnahme nahezu wirkungslos ist. Trotz Einsatz der Privaten Lagerhaltung befinden sich die Milchpreise weiter im Sturzflug.**
- Absatzförderung von Milchprodukten innerhalb EU und gegenüber Drittländern, u.a. über Ausbau von Freihandelsabkommen: **Ein offensichtlich hilfloser Vorstoß der Politik, ungeeignet für die europäischen Milcherzeuger sowie mit der Gefahr verbunden, Märkte in Drittländern zu schädigen.**
- Vorgezogene Auszahlungen der Direktbeihilfen: **Als Soforthilfe können diese kurzzeitig für die Erzeuger unterstützend wirken. Gleichzeitig muss jedoch die Menge reduziert und an den Markt angepasst werden, damit die Situation auf dem Milchsektor stabilisiert wird.**
- Verstärkung der Rolle der Milchmarktbeobachtungsstelle (MMO): **Es ist wichtig, dass der Ausbau zu einer voll funktionsfähigen Beobachtungsstelle erfolgt. Das bedeutet, die MMO muss zum einen beobachten und zum anderen auch auf Marktkrisen reagieren können. Dies schließt Mengenanpassung in Krisenzeiten ein.**

Die zaghafte Ankündigung der EU-Politik, dass man zukünftig auch über Instrumente nachdenken wird, um Preisschwankungen zu reduzieren, muss schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden. Das vom European Milk Board entwickelte Marktverantwortungsprogramm hat das Potenzial, schwere Krisen auf dem Milchmarkt zu verhindern. Es handelt sich dabei um ein indexbasiertes Programm, welches die Entwicklung der Produktnotierungen, Milchpreise und Erzeugungskosten berücksichtigt und in Krisenzeiten zeitlich befristete Maßnahmen zur Stabilisierung des Milchpreises, beispielsweise auch einen freiwilligen Lieferverzicht einleiten kann. Damit wird an der Wurzel des Problems – der zu hohen Milchmenge – angesetzt.

Es ist höchste Zeit, dass die Kommission und der Rat das Marktverantwortungsprogramm für den EU-Milchsektor prüfen.

EMB Pressemitteilung

Video: Sieta van Keimpema zu den Entscheidungen der EU vom 7. September

Tausende Milcherzeuger sagen JA zu einer Mengenkürzung in Krisenzeiten

© EMB

Aktuelle Pressemitteilung des EMB:

Bei großer Demonstration in Brüssel Einsatz von Kriseninstrument inklusive freiwilligem Lieferverzicht gefordert

(Brüssel, 07.09.2015) Aus ganz Europa sind sie heute mit ihren Schleppern in Brüssel zusammengekommen, um vor dem EU-Ratsgebäude die Agrarminister lautstark zum Handeln in der Krise aufzurufen. Die mehreren tausend Milcherzeuger fordern dabei keine Subventionen, sondern den Einsatz eines Kriseninstruments, das eine Reduktion der Milchmenge in Krisenzeiten umsetzt. „Der EU-Milchmarkt ist überschwemmt, die Preise stürzen ab. In einigen Ländern sind sie schon nah an der 20 Cent-Marke. Ohne eine Reduktion der Produktion wird sich der Markt weiter rapide verschlechtern“, verweist der Vorsitzende des European Milk Board (EMB), Romuald Schaber, auf die Notwendigkeit eines EU-weiten Produktionsrückgangs. Zum Einsatz könnte dabei das **Marktverantwortungsprogramm** (MVP) kommen, das unter anderem

Bonuszahlungen für freiwillige Produktionskürzungen der Erzeuger vorsieht.

Auch seine Kollegen unter anderem aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Italien und Spanien verlangen heute in Brüssel von den EU-Agrarministern, dass jene gemeinsam schnell und vernünftig handeln. Nationale Ansätze können die Lage nicht stabilisieren. Das zeigen auch die seit vielen Monaten andauernden Proteste in den einzelnen europäischen Staaten. So konnte beispielsweise weder die Zusicherung eines unrealistischen Mindestgarantiepreises in Frankreich, noch das Versprechen von 300 Euro je Kuh in Spanien die Situation in den Ländern entspannen. „EU-weit hat die Politik eine starke Exportorientierung mit Mengenanstieg verfolgt. Das ist absolut schief gegangen und muss nun auch auf EU-Ebene wieder korrigiert werden. Alleine können die Länder hier keine nachhaltigen Lösungen fahren“, so Schaber. Insbesondere EU-Agrarkommissar Phil Hogan und der deutsche Agrarminister Christian Schmidt müssten hier ihre sperrige Haltung aufgeben. Denn die Maßnahmen, wie beispielsweise die private Lagerhaltung, die man seit letztem Jahr einsetzt, konnten angesichts eines weltweit überfluteten Milchmarktes keine stabilisierende Wirkung erzielen.

Auch aus anderen Bereichen wird die Kritik an der aktuellen markoliberalen Exportpolitik immer lauter. So fordern viele Verbraucher und unter anderem auch Tierarztverbände Produktionsbegrenzungen, um das Tierwohl und eine ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten zu können

Wenn heute im Agrarrat keine wirksamen Maßnahmen getroffen werden, sondern nur Flickschusterei betrieben wird, dann werden die Proteste sowohl landes- als auch europaweit sich weiter verstärken. Schaber dazu: „Für die Erzeuger geht es um die Existenz der Höfe, für die Verbraucher um eine EU-weite regionale und gesunde Lebensmittelproduktion und für die EU um einen stabilen und wettbewerbsfähigen Milchsektor. Wenn sich die Politik weigert, die EU-Menge zu drosseln, dann ist es unser aller Pflicht, auf die Straße zu gehen und politische Veränderungen durchzusetzen. Es steht einfach zu viel auf dem Spiel.“

Die Forderungen der europäischen Milcherzeuger:

- Kostendeckende Milchpreise und ein Kriseninstrument, das Marktverantwortungsprogramm (MVP), jetzt!
- Mit dem Geld aus der Superabgabe muss sofort ein freiwilliger Lieferverzicht finanziert werden, damit die Menge runtergeht!

EMB Pressemitteilung

Bewertung der Maßnahmen im Milchsektor

Zur Zeit werden sehr viele Maßnahmen für den Milchsektor diskutiert. Hier finden Sie unsere Einschätzung, welche Maßnahmen wirksam sind und langfristig den Milchsektor schützen bzw. welche Maßnahmen keine Lösung darstellen:

© wikimedia commons

Wirksame Maßnahmen im Milchsektor

Die zu hohe Milchmenge muss über das **Marktverantwortungsprogramm (MVP)** in Krisenzeiten reduziert werden. Hier kann u.a. über einen freiwilligen Lieferverzicht (Produktionsreduktion gegen Bonuszahlung) schonend eine Preisstabilisierung erreicht werden.

Anheben des Interventionspreises nur mit gleichzeitiger Reduktion der Menge. Dadurch besteht nur eine kurze Interventionsdauer, da bald ein stabilisierter Marktpreis wieder greifen wird.

Richtige Situationsanalyse ist notwendig. Das russische Embargo und der Rückgang der Exporte nach China müssen in den richtigen Kontext gestellt werden: Sie sind Gründe, warum die Nachfrage nicht mit dem Produktionswachstum standhalten kann. Daher muss das Produktionswachstum zurückgenommen werden.

Das gleiche gilt auch für weitere geopolitische oder geoökonomische Entwicklungen, die Krisen hervorrufen. Bewirken beispielsweise die Ölpreisentwicklung, Finanzmarktkrisen oder auch der Terrorismus eine sinkende Nachfrage, so muss auch hier beim Angebot reagiert werden.

Falsche Maßnahmen für den Sektor

Falsch ist eine blinde Exportstrategie und das Schwemmen von EU-Übermengen auf andere Märkte. Diese sind ebenso überflutet (russisches Importverbot, Importrückgang Chinas). Dadurch wird der Preis für alle weiter nach unten gedrückt.

Problematisch ist jedoch ein **Anheben des Interventionspreises ohne gleichzeitige Reduktion der Menge**. Dies treibt die Produktion noch einmal extra an.

Terminmärkte sind nicht geeignet, Krisenpreise zu verhindern. Denn wenn aufgrund von chronischer Übermenge auch in den kommenden Monaten geringe Preise zu erwarten sind, werden Terminkontrakte nicht mit angemessen hohen Preisen abgeschlossen. Denn diese richten sich ja auch am Milchmarkt aus den Erwartungen für dessen Entwicklung aus.

Subventionen sind keine Lösung. Direkte Zahlungen an die Erzeuger können zum einen den Verlust nicht ausgleichen und zum anderen die Ursache des Problems nicht beheben. Denn der EU-Milchmarkt kämpft mit chronischen Übermengen, die durch einfache Subventionszahlungen nicht beseitigt werden können.

Muss eine neue Kommission her, um die Milchkrise zu beenden?

© EMB

Brüssel (August 2015):

Auszug aus dem Papier von André Pflimlin, französischer Milchmarktexperte und Sachverständiger für den Milchsektor beim Ausschuss der Regionen in

Mitten in der Milchkrise hört man in Brüssel die gleichen Parolen. „Angesichts der guten langfristigen Marktaussichten für tierische Produkte und des großen Potenzials Europas, seine Milchproduktion zu steigern, müssen wir mehr produzieren und exportieren“, sagt EU-Kommissar Phil Hogan [.....] „Mit 300 € pro Tonne Milch haben wir einen äußerst vernünftigen Preis“, erklärt der

Kommissar.

Diese Aussage zeigt eine Fehleinschätzung in drei wesentlichen Punkten:

1. Die Kommission hatte auf einen zukunftssträchtigen Weltmarkt für Milch gesetzt

Drei Exportländer - Neuseeland, die Vereinigten Staaten und Europa - haben 2014 einen Milchüberschuss von 11 Mio. t produziert, von denen über 6 Mio. t aus der EU kamen. Dem steht ein Wachstum des Weltmarkts in der Größenordnung von 2 Mio. t pro Jahr gegenüber.

2. Die Kommission hat die neuen Überschüsse und den Preisverfall nicht vorhergesehen

Die Milchkrise von 2015 ist zunächst ein logisches und seit 2010 angekündigtes Ergebnis der von der Kommission geplanten und vom EU-Ministerrat bestätigten Deregulierung, auch wenn diese durch externe Ereignisse verschärft wurde. Trotz dieses schwierigen Marktumfelds setzt die Kommission ihre Flucht nach vorn auf einen utopischen Weltmarkt fort und schließt Freihandelsabkommen mit Kanada, den USA, Südamerika, Westafrika, Vietnam ab.

3. Die Kommission hat nichts gegen die Extremschwankungen des Milchpreises unternommen

Ende 2014 deckte die Vertragslandwirtschaft und die Verträge zwischen Erzeugern und Molkereien – Leitmaßnahme des Milchpakets – nur 20% der Produktion ab und sie betrifft nur die Lieferungen, ohne Preisgarantie. Da der offizielle Interventionspreis seit 2007 auf 215 € pro Tonne Milchäquivalent gesenkt wurde, gibt es kein Sicherheitsnetz mehr, während sich der Milchpreis im freien Fall befindet! Mit einem durchschnittlichen Milchpreis von 300 €/t arbeitet mehr als jeder zweite Milcherzeuger mit Verlust, d.h. er verdient nicht nur kein Geld, um seine Familie zu ernähren, sondern er verliert umso mehr Geld, umso mehr er produziert.

4. Einige Vorschläge zur Sicherung der europäischen Milchwirtschaft

a) Anhebung des Interventionspreises von 20% auf 30%, aber der Anstieg muss an eine Lieferkürzung in Überschussphasen gekoppelt sein.

b) Festlegung eines Warnindikators, der sich auf die europäische Beobachtungsstelle für den Milchmarkt stützt und es der Politik und der Kommission ermöglicht, früher einzugreifen, um Krisen einzudämmen.

c) Gewährleistung einer Marge für die europäischen Milcherzeuger in Anlehnung an das US-amerikanische Agrargesetz (Farm Bill)

d) Festlegung eines Mechanismus zur Mengenkürzung im Falle von Überschüssen und Preisverfall: Es liegen zwei Vorschläge vor: einer vom Europaabgeordneten Michel Dantin, der andere vom EMB. Beide lehnt die Kommission ab. Sie müssen wieder ins Gespräch gebracht werden!

A priori ist die Kombination der letzten drei Vorschläge (b, c, d) wert, untersucht und erprobt zu werden, denn sie erscheint mit den bestehenden Instrumenten machbar. Diese Lösung wäre flexibler und sicherlich kostengünstiger als eine deutliche Anhebung der Interventionsschwelle.

Zusammenfassung des Dokuments von André Pflimlin – hier die vollständige Fassung

Regina Reiterer, EMB

Blick in die Welt: Abschaffung der Mengenregulierung in Australien

Auch in Australien hat man Erfahrung mit einer Systemumstellung gemacht. Im Jahr 2000 wurde hier die Mengenregulierung auf dem Milchmarkt beendet. Professor Bruce Muirhead von der Universität Waterloo in Ontario, Kanada, hat sich mit dem Thema ausführlich beschäftigt und uns zwei Fragen dazu beantwortet.

© wikimedia commons

EMB: In Australien wurde die Mengen- und Preisregulierung im Jahr 2000 eingestellt. Welche Folgen hatte dies für die Landwirte? Welchen Einfluss hatte die Entscheidung auf die nationale Milchmenge?

Die Folgen dieser politischen Umstellung waren für die australischen Milchviehhalter denkwürdig. Als der Prozess begann, produzierte Australien etwa 11 Millionen Tonnen Milch. Bis 2015 ist diese Menge auf ca. 9,5 Millionen Tonnen gesunken. Der Verfall der Weltmarktpreise für Milch im Jahr 2014 hat die Situation noch verschärft. Australien kann nicht mehr auf Exportmärkte setzen, um über die Runden zu kommen.

Mit der Deregulierung sind die Betriebe in Australien außerdem größer und Mastbetriebe („Feedlots“) üblicher geworden. Das hat natürlich auch zur Folge, dass die Anzahl der Betriebe sinkt. Auch wenn das in allen Industrienationen passiert, war dieser Effekt in Australien konzentrierter. Im Bundesstaat Neusüdwesten (NSW) sank die Anzahl der Betriebe zum Beispiel rasant von 1.725 auf 731, während die durchschnittliche Anzahl von Kühen pro Betrieb von 155 auf 268 stieg. Wie in einem Übersichtsbericht der Regierung von NSW zur Milchwirtschaft in diesem Bundesstaat (*Overview of the New South Wales Dairy Industry*) nachzulesen ist, hat die „Deregulierung den Milchbauern in NSW niedrigere und stärker schwankende Milchpreise beschert; in Verbindung mit einer längeren Dürre waren die Landwirte gezwungen, anpassungs- und widerstandsfähigere landwirtschaftliche Systeme zu entwickeln.“ Es ist offensichtlich extrem schwierig, 2015 in Australien von der Milchviehhaltung zu leben, was durch Faktoren verschärft wird, die sich dem Einfluss der Landwirte entziehen – Angebot und Nachfrage, Weltmarktpreise und Wechselkurse.

Es ist inzwischen nahezu unmöglich, Milchviehbetriebe zu diesem Zweck zu verkaufen. Wie ein australischer Immobilienmakler festgestellt hat, gibt es im Südosten des Lands, einem natürlichen Zentrum der Milchviehhaltung, keinen Markt für Milchviehbetriebe. Bruce Auld, ein Fachmann für Immobilienverkäufe in ländlichen Regionen, sagte im April 2013: „Der letzte Milchviehbetrieb, den ich verkauft habe, war in Tantanoola, und es hat 12 Monate gedauert – er wurde in fünf oder sechs kleine Parzellen aufgeteilt und wird nicht mehr für die Milcherzeugung genutzt.“ Das spricht Bände über die Gesundheit und Zukunftsfähigkeit der Industrie.

Nicht zuletzt haben die beiden größten Supermarktketten in Australien die Deregulierung genutzt, um die Erzeuger über den Tisch ziehen. Coles und Woolworths haben neue Milchlieferverträge abgeschlossen, um den Verbrauchern Milch zu einem Preis von 1\$ pro Liter anbieten zu können, was noch mehr Landwirte zur Aufgabe gezwungen hat. Ein Bericht sagt voraus, dass das durchschnittliche Nettoeinkommen eines Milchviehbetriebs in Australien bis 2017 auf Null fällt. Die Aussichten sind nicht rosig. Das Gute an der Regulierung ist, dass sie es Supermärkten, Verarbeitern oder der Nahrungsmittelindustrie nicht gestattet, den Landwirten Verkaufsbedingungen einseitig vorzugeben, wodurch die Machtasymmetrie weniger Wirkung entfalten kann und nicht so destruktiv ist.

Bruce Muirhead, Professor für Geschichte an der Universität Waterloo in Ontario, Kanada

Solidaritätsaufruf mit Milcherzeuger

© Oxfam Solidarité

Eine Solidaritätsbewegung formiert sich um die Milcherzeuger Europas. Belgische Entwicklungsorganisationen haben einen Solidaritätsaufruf in Europa und Afrika zur Unterstützung der Milchbauern gestartet. Zahlreiche landwirtschaftliche Organisationen und Milcherzeugerverbände aus Afrika unterstützen gemeinsam mit europäischen Entwicklungsorganisationen den

Vorschlag für Regulierungsmaßnahmen am EU-Milchmarkt.

Auf diese Weise können landwirtschaftliche Familienbetriebe geschützt und den Produzenten in Europa und Afrika ein gerechtes Einkommen gesichert werden.

Solidaritätsaufruf in [Englisch](#), [Niederländisch](#) und [Französisch](#)

Zusätzliche Infos auf der Homepage von [Oxfam](#) (auf Französisch)

Regina Reiterer, EMB

Kurznachrichten aus Brüssel

Die EU-Kommission hat als Antwort auf die Schwierigkeiten der Milcherzeuger ein Maßnahmenpaket in der Höhe von 500 Millionen Euro angekündigt. Diese Maßnahmen sollen Landwirten bei kurzfristigen Liquiditätsproblemen unterstützen, Märkte stabilisieren und Probleme in der Lieferkette beheben.

Der **Verteilungsschlüssel für die nationalen Mittel** wurde beim informellen Agrarrat am 15. September in Luxemburg beschlossen.

Die detaillierte Auflistung der Maßnahmen kann im **Faktenblatt der EU Kommission** eingesehen werden. Weitere Sprachen sind verfügbar: **EN FR DA ES NL IT SV PT FI EL CS ET HU LT LV MT PL SK SL BG RO HR**

Die Maßnahmen sind klar auf Förderung von Export und Absatz ausgerichtet und stellen aus unserer Sicht keine Lösung für den Milchsektor dar. Keinen Beschluss gab es zur befristeten Anhebung der Interventionspreise für Magermilchpulver, welche von einzelnen Mitgliedsstaaten gefordert wurde sowie zu geforderten Instrumenten, um auf Preisschwankungen zu reagieren.

Ausschuss der Regionen: Hilfspaket der EU-Kommission wird Krise

nicht lösen

Der Ausschuss der Regionen (AdR) zeigt sich in seiner Pressemitteilung vom 10.9. unzufrieden mit dem Ergebnis des Sonderrats der Agrarminister. Das Hilfspaket der EU-Kommission würde an der Milchkrise nichts ändern und die Maßnahmen würden die strukturellen Probleme des unregulierten Milchsektors nicht lösen. Der AdR unterstützt die Vorschläge des European Milk Board zur Mengenregulierung im Krisenfall. Der Ausschuss forderte die EU Agrarminister auf, strukturelle Maßnahmen von der Kommission einzufordern.

Pressemitteilung des AdR (in Englisch)

Regina Reiterer, EMB

European Milk Board ASBL

Rue de la Loi 155

B-1040 Bruxelles

Tel: +32 (0)2808 1935

Fax: +32 (0)2808 8265

Mail: office@europeanmilkboard.org

Document-URL: <http://www.europeanmilkboard.org/https://www.europeanmilkboard.org/deutsch/newsletter-september-2015.html>